

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1915

164 (17.7.1915)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 76 s., vierteljährlich 2,25 M.; abgeholt monatl. 66 s.; am Postkassett 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2850. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 s. Lokalmerate billiger. Schluss d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm. für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gess & Cie., Karlsruhe.

Keine Vertuschung.

Von Hugo Poetsch.

Der Genosse Breitscheid, der sich noch kaum von den Fußtritten erholt haben kann, die ihm Vanderselbe verbrochen hat, legt seine Bemühungen, die ausländischen Bruderparteien in jeder Beziehung zu entschuldigen, unentwegt und mit der Demut eines wahren christlichen Gemüts weiter fort. In einem Artikel „Was können wir tun?“ (nämlich, um baldigst einen Frieden herbeizuführen) sagt er, nichts sei dringlicher, als sich jetzt gegenwärtig vorzurechnen, was der eine und der andere bisher für den Frieden getan hat. Freilich diese gegenseitige Aufrechnung ist höchst un bequem für alle diejenigen, die ein wohlwollendes Verständnis nur für die Parteien des Auslandes haben. „Es kommt wirklich außerordentlich wenig darauf an, ob jener einmal eine Zusammenkunft abgelehnt hat, die dieser anregte, und ob ein freundlicher Brief des deutschen Parteivorstandes in Frankreich nicht das erwartete Echo gefunden hat.“ In der Tat, kommt es so wenig darauf an? Da bemüht sich nun der deutsche Parteivorstand seit Monaten, um es zu einer Aussprache zu bringen, in der naiven Auffassung, daß eine solche das erste Erfordernis sei, eine Verständigung herbeizuführen, weil nämlich, so sagt Breitscheid selbst, „zum Friedensschließen mehr als einer gehört.“ Dummes Zeug! Nicht den Gefährten spielen. Und überhaupt, was nützen alle offenen und geschlossenen Briefe und sonstige Zeichen der Bereitwilligkeit zur Wiederannäherung, solange man drüben nicht die Ueberzeugung gewinnt, daß die deutsche Sozialdemokratie über platonische Versicherungen hinaus allen imperialistischen Bestrebungen denselben hartnäckigen und opferfreudigen Widerstand entgegensetzt, den sie von den Bruderparteien im Auslande erwartet.

Wie liegen denn die Dinge in Wirklichkeit? Während dem die deutsche Sozialdemokratie in der allerentschiedensten Weise sich gegen die Annexionspolitik ausgesprochen hat, bleiben die ausländischen Genossen dabei, daß Deutschland zerstückert, daß Elsaß-Lothringen — beileibe nicht annektiert, aber an Frankreich zurückgegeben werden müsse, weil es seinerzeit mit Gewalt losgerissen worden sei. Schleswig soll den Dänen, Polen an ein neu zu gründendes Polenreich abgetreten werden. Von Oesterreich gar nicht zu reden, das so ziemlich aufzuteilen wäre. Allerdings hat die elende deutsche Sozialdemokratie es über „platonische Versicherungen“ hinaus nicht gebracht; nachdem die Führer der äußersten Opposition, die Kadel-Sobelsohn, die Bannefock und Genossen in beiseitener Wertschätzung ihrer eigenen unerklärlichen Persönlichkeit über die deutsche Grenze hinaus sich in Sicherheit gebracht, fehlt es in Deutschland an fähigen Männern, die bereit sind, bei den vorgeschlagenen „positiven greifbaren Handlungen“ die Führung zu übernehmen.

Nach Breitscheid soll es ein Irrtum sein, zu glauben, Franzosen, Belgier und Engländer hätten den deutschen Genossen „ihre Geneigtheit zur Landesverteidigung an sich verübelt“. Das mag derselbe Mann den deutschen Arbeitern zu bieten, dessen Bemühen um das Zustandekommen eines Meinungsstausches erst kürzlich von Vanderselbe wie folgt abgewiesen wurde:

„Die belgischen und französischen Sozialisten müßten ja Verrat an der Sache begehen, für die so viele Kapferer starben, wenn sie sich bereit erklären wollten, mit jenen zusammenzukommen, die in Deutschland den Krediten zustimmen.“

Es ist ja gerade das Charakteristische an dem ganzen Verhalten Vanderselbes und der übrigen ausländischen Genossen, daß sie alle Handlungen, die auszuführen sie als ihr ganz selbstverständliches Recht betrachten, den Deutschen verübeln, als „Verrat an der Internationale“ ankreiden. Die Kredite haben die Franzosen, Belgier, Engländer bewilligt, wir erkennen verständnisvoll ihr Tun an, müssen uns aber wegen des gleichen Verhaltens die bestmögliche Vorwürfe machen lassen. Die gleiche rückwärtslose Ueberhebung zeigt sich in dem obigen Ausspruch Vanderselbes. Das Andenken an die Tapferen, die für die belgische Sache gefallen sind, verbietet es Vanderselbe, mit den deutschen Kreditbewilligern zusammenzukommen. Die für Deutschland den Geldentod gefunden, gähnen, wie es scheint, bei Vanderselbe nicht.

Doch zurück zu Breitscheid. In einem Artikel berichtet er die Wirkung, welche die verschiedenen Kundgebungen der deutschen Sozialdemokratie zum Frieden im Ausland gefunden hat. Er zitiert aus einem Artikel in „Set Volk“ den folgenden Satz: „Von der deutschen Partei mußte die erste Tat für den Frieden ausgehen. . . auch deshalb, weil Deutschlands Lage auf den Schlachtfeldern die günstigste ist.“ An der Stelle, wo Breitscheid die Punkte zu setzen beabsichtigt, heißt es im Original:

„. . . Das war klar für alle, die den Krieg nicht als ein verräterisches Komplott von Rußland, Frankreich und

England gegen das Deutsche Reich betrachten, wohl aber im Militarismus, Imperialismus und Nationalismus Deutschlands die Kräfte sehen, die sich am wenigsten um den Weltfrieden bekümmern, die gegen den Ausbruch des Weltkrieges über Europa am wenigsten getan haben.“

Warum die Unterschlagung dieser Worte? Will oder kann sie Breitscheid nicht widerlegen? Hat auf Grund der Verträge zwischen Frankreich und Rußland und diesen mit England wirklich kein solches Komplott bestanden? Ist dem Genossen Breitscheid von der erfolgreichen Einkreisungspolitik des siebenten Eduard gar nichts bekannt geworden? Aber der verrückte deutsche Militarismus und Imperialismus! Die haben sich zwar um den Weltfrieden nicht gekümmert, ihn aber gehalten, derweilen England und Frankreich große Ländergebiete eingesaft, freie unabhängige Völker, wie das der Buren, unterjocht haben. Die Expansion des deutschen Imperialismus war eine durchaus friedliche, sie ging auf wirtschaftlichem Gebiete vor sich. Aber wenn schon, die deutsche Sozialdemokratie muß gleichwohl in Saß und Nische sich nahen, im Vorhof der Internationale Ruhe tun. Vielleicht wird sie wieder zugelassen, nachdem sie, wie der biedere Appleton es angekündigt hat, vorher vom Räte der Gerechten die verdiente Strafe empfangen und abgebußt hat. Denn alle Schuld rächt sich auf Erden. Ist es so schwer und ist es zur Vorbereitung einer internationalen Verständigung nicht notwendig, gegenüber der Voreingenommenheit der ausländischen Genossen den Nachweis zu führen, daß mindestens dieselbe Schuld an dem großen Unglück den Militarismus und Imperialismus der übrigen Großmächte aufzubürden ist?

Schließlich führt Breitscheid noch einen Artikel des Genossen Campère Morel aus der „Sommars“ an. Darin werden die Reden des Genossen Braun im preussischen Landtag und die des Genossen Bedouce in der französischen Deputiertenkammer als ein glückliches Zeichen gefeiert. Beide haben im Namen des Proletariats Annexionen und Eroberungen abgelehnt. Er vergißt nur hinzuzufügen, daß die französischen Genossen die Kosreibung von Elsaß-Lothringen nicht als Annexion, sondern als „Wiedervereinigung“ mit Frankreich bezeichnen. Er unterläßt es auch, anzuführen, daß Campère Morel aus der Kundgebung der Drei (Gaafe, Bernheim und Kautsky) den Schluß zieht, daß die Kraft der Deutschen zu erlahmen beginne. „Wird ihre (der deutschen Proletariat) geistige Haltung nicht tief angegriffen, ihre Energie bedeutend herabgemindert, ihre Offensiv- und Defensiv-Macht merklich verringert werden?“

Das sind die nachhaltigen Wirkungen, die sich aus den einseitigen dargebrachten Friedensbeteuerungen auf der Gegenseite ergeben. Neue Hoffnungen, neue Kraftanstrengungen und neue Opfer an Menschenleben auf beiden Seiten. Muß es immer wiederholt werden? Gibt es einen Menschen unter uns, der Verbrechennatur genug wäre, nicht den baldigen Frieden zu wünschen, der ihn ausschlägt, wenn er zu vernünftigen Bedingungen zu haben wäre?

Durch solche Vertuschungsmanöver, wie Breitscheid sie beliebt, dienen wir dem Frieden nicht, helfen wir nicht, der Verständigung die Wege ebnen.

Es bleibt dabei: Auch unsere Genossen in den gegnerischen Ländern sind nach den Erfahrungen, die wir im Laufe der Zeit gemacht, nicht eher zum Friedenswillen zu bringen, als bis sich bei ihnen die Einsicht stark genug durchgesetzt hat, daß Deutschland mit Waffengewalt nicht zu bezwingen und daß unsere wirtschaftliche Kraft nicht zu erschüttern ist. Die Ministerarbeit der Opposition dient diesem Ziele nicht.

Ein unbeachteter Reichstagsbeschluss.

Es kann nicht nachdrücklich genug auf die höchst befremdliche Haltung hingewiesen werden, die das Reichschakamt zu dem einstimmigen Beschluss des Reichstags, den im Felde stehenden Soldaten freie Urlaubsbereise zu gewähren, einnimmt. Der Kriegsminister hatte sich zu dem Antrag zustimmend geäußert, der Staatssekretär des Reichschakamtes, Dr. Helfferich, allerdings hat geschwiegen. Dieses Schweigen des Staatssekretärs fiel zwar auf, nachdem aber der Reichstag einen Beschluss einstimmig gefasst hat, war anzunehmen, daß Staatssekretär Helfferich der Durchführung dieses Beschlusses keine Schwierigkeiten in den Weg legen wird. Statt dessen weiß man jetzt, daß das Reichschakamt in der Tat Schwierigkeiten macht, und es hat den Anschein, als ob dem Beschluss des Reichstags erst unmittelbar vor dem Zusammentritt des Parlaments beigetreten werden soll, um unangenehme Debatten zu verhüten. Der Reichstag dürfte sich freilich eine solche Behandlung ganz entschieden verbitten, die Sache war durchaus dringlich und jede Hinauszögerung bedeutete eine Verschlimmerung des Übels, das durch den Antrag bejeitigt

werden sollte. Die Kosten können nicht so erheblich sein, denn massenhaft werden die Soldaten bestimmt nicht beurlaubt. Und selbst wenn die Kosten größer sein sollten, als man annimmt, so kann diese Ausgabe bei den ungeheuren finanziellen Aufwendungen, die dieser Krieg erfordert, schließlich ganz gewiß keine besondere Rolle spielen. — Uebrigens verlangen nun auch die Offiziere, daß ihnen freie Urlaubsbereise gewährt werden soll; vielleicht daß diese Tatsache das Reichschakamt etwas gefügiger machen wird. So hat ein Offizier in der „Kölnischen Volkszeitung“ einen Artikel veröffentlicht, in welchem er die hohen Ausgaben vorredmet, die dem Offizier erwachsen, wenn er eine Urlaubsbereise aus eigener Tasche bezahlen soll. Dieser Artikel hat vielfach Zustimmung gefunden, wie sich aus verschiedenen Zuschriften ergibt, die in der „Köln. Volksztg.“ veröffentlicht werden. Ein Reserveoffizier z. B. schreibt dem genannten Blatte:

„Ich finde es auch unbegreiflich, daß ein Offizier, der schon elf Monate im Felde steht, die Hin- und Rückfahrt zu zahlen hat, wenn er seine Angehörigen aufsuchen will. Ich bin Ende April zu meiner Familie in Frankfurt gefahren. Ich habe fünf Kinder, die alle die höheren Schulen besuchen und hatte mühselige Familienangelegenheiten zu besorgen. Endlich hatte ich dort noch dienstliche Sachen zu erledigen. Ich bekam zehn Tage Urlaub, aber nur gegen Zahlung von der Grenze ab. Ich besuchte zwischen durch noch meine hochbetagten Eltern in Württemberg — mein Vater ist 75, meine Mutter 72 Jahre alt. Für die Fahrt allein hatte ich zu zahlen a) Grenze bis Frankfurt 18,60 Mark, b) Frankfurt—Donauessingen — hin und zurück — 2 mal 17 = 34 Mark, c) Frankfurt—Grenze 18,80 Mk., zusammen 71,40 Mark. Daß die Reise außerdem noch mit größeren Unkosten verknüpft war, liegt auf der Hand. Ich will noch hinzufügen, daß mit mir noch sieben andere Offiziere fuhren, fast nur Junggefellern, die sämtlich Freifahrten hatten. Ich habe mich darüber gewundert; die anderen aber auch, daß ich zahlen mußte. Bei einer Familie mit sieben Köpfen, wie ich sie zurückgelassen habe, empfinde ich die bare Auslage an Fahrgehalt von über 70 Mark ganz empfindlich.“

Von einem Landsturmmann wird der „Köln. Volkszeitung“ noch mitgeteilt, daß im Publikum die irrtige Meinung bestehe, als fahre der Soldat auf Freifahrtsscheine auf Urlaub. Das Gegenteil sei richtig. Der Landsturmer z. B., der jetzt rund ein Jahr von Haus und Familie fort und in Feindesland ist, könne zunächst überhaupt erst Urlaub erhalten, wenn er dringliche, von der Heimatsbehörde beglaubigte Gründe vorbringen könne. Erhalte er hierauf Urlaub, so müsse er die Militärfahrtkarte selbst bezahlen. Nach neueren Bestimmungen dürfe er trotz bewilligtem Urlaub und dringlicher Gründe nicht fahren, wenn er nicht die nötige Summe vorher nachweisen könne.

Diese letztere Bestimmung bedeutet eine außerordentliche Erschwerung für Urlaubsbereisen. Mancher verheiratete Soldat wird schließlich nur das Geld für die Hinreise beisammen haben und annehmen dürfen, daß ihm von seinen Angehörigen das Geld für die Rückreise zur Verfügung gestellt wird. Wenn er nun aber nach obiger Schilderung nicht die ganze Summe nachweist, die für die Reise nötig ist, dann kann er den Urlaub nicht antreten. Damit wäre genau das Gegenteil von dem eingetreten, was im Reichstags von Vertretern aller Parteien gewünscht wurde — nämlich den im Felde stehenden Soldaten soweit als irgend möglich Urlaub zu gewähren. Bei Offizieren liegt die Sache schließlich etwas anders. Hier gibt es den Ausweg, sie unter irgend einem Vorwand abzukommandieren. Dann genießen sie entweder freie Fahrt oder aber die Fahrt wird ihnen vergütet. Bei den Mannschaften wird derartige nur in den allerersten Fällen zutreffen. Nun haben wir gar nichts dagegen einzuwenden, wenn auch den Offizieren freie Urlaubsbereise gewährt wird, vor allen Dingen muß aber ganz entschieden verlangt werden, daß das Reichschakamt sich endlich zu dem einstimmigen Beschluss des Reichstags äußert. Der Reichschakatssekretär wird sich sehr irren, wenn er annimmt, daß der Reichstag schon befriedigt sei, wenn vielleicht kurz vor seinem Zusammentritt sein einstimmig geäußertes Wunsch erfüllt werden sollte. Je eher das Parlament gegen eine solche Behandlung Front macht, desto besser schließt es sich für die Zukunft.

Neutrale Urteile über die Lage im Westen und im Osten.

In einem Leitartikel der „Züricher Nachrichten“ wird ausgeführt, die gegenwärtige Lage auf den Kriegsschauplätzen, die man am besten als „zwischen den Schlächen“ charakterisieren, könne von den einzelnen Kriegführenden nicht ohne eine gewisse Spannung und Unruhe ertragen werden. In London und Paris herrsche das Gefühl vor, daß allerlei vorbereitet werde, was der Entente nicht gerade angenehm sei. Man versuche zu erraten, was der Zweifelsbund plane, ob noch vor Erledigung der großen Kämpfe an der Ostfront Deutschland das Messer an die Westfront setzen werde,

Lebensunterhalts entschlossen haben. Nach den bisherigen Erfahrungen dieser „zuständigen Stellen“ wird man gut daran tun, die Erwartungen nicht zu hoch zu spannen. Haben doch bisher von den Höchstpreisen eigentlich nur die Produzenten Vorteil gehabt. Zunächst geht es um die Zuckerpreise in Angriff zu nehmen. Die noch zur Verfügung stehenden 23 Prozent des gewonnenen Zuckers sollen für den Verbraucher freigegeben werden. Der Befehl, daß die Raffinerien zurückhalten, bis der höhere Preiszuschlag für September in Kraft tritt, hofft man dadurch zu begenen, daß durch eine besondere Verordnung die Gültigkeit des Augustpreises auch für September festgesetzt wird.

Drittens ist es von Wichtigkeit, die Hinübernahme des alten Zuckers in die neue Kampagne zu verhindern. Zu diesem Zwecke wird die Beschlagnahme der Ware, die etwa hinübergenommen werden sollte, vorgeesehen. Und vierthens werden die Großhandelspreise für Zucker festgesetzt, wobei der Begriff des Großhandels sehr weit gefaßt wird und den Einzelhändlern und Gemeinden das Recht verbleibt, außerdem auch Kleinhandelshöchstpreise vorzuschreiben. Bisher ist von dieser Befugnis nicht Gebrauch gemacht worden, weil, solange keine Großhandelspreise festgesetzt waren, mit der Gefahr zu rechnen war, daß in die Gegenden, in denen Kleinhandelspreise festgesetzt wurden, kein Zucker mehr kam. Wenn man den Raffinerien und den Großhändlern ordentlich auf die Finger sieht, ist es möglich, daß eine ausreichende Versorgung mit Zucker zu erschwinglichen Preisen herbeigeführt wird.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Eiern wird gesichert; nähere Angaben über die Art dieser Sicherung werden in nächster Ausgabe.

Ferner soll durch eine Bundesratsverordnung den Einzelstaaten und den Gemeinden das Recht der Beschlagnahme solcher Waren eingeräumt werden, die zum Lebensbedarf gehören. — Schließlich sei noch erwähnt, daß sich auch die Fleischfrage in tatkräftiger Bearbeitung befindet. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat dafür einen Untersuchungsausschuß eingesetzt, der mit der Untersuchung der verschiedenen vorgezeichneten Mittel beschäftigt ist. In Frage kommen die „zwei fleischlosen Wochentage“ (mit Verbot an Schlächter und Wirte, an diesen Tagen den Verbrauchern Fleisch zu liefern), die Heraussetzung der Schlachtreife des Viehes, die Sicherung der Abgabe des weniger wertvollen Fleisches an die Minderbemittelten (unter Festsetzung von hierfür bestimmten Verkaufsstunden), die Festsetzung der Fleischpreise, die Errichtung von Freibänken u. a. m. — Soffentlich werden diese Maßnahmen recht bald greifbare Gestalt annehmen, denn der Wucher mit Lebensmitteln hat bereits einen höchst bedenklichen Grad erreicht.

Mitteleuropäische Wirtschaftsvereinigung.

Am 23. und 24. d. M. findet in Berlin eine Versammlung von Vertretern der Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine in Deutschland, Oesterreich und Ungarn über die Frage der politischen Annäherung der beiden Länder statt. Die österreichische Delegation steht unter Führung des früheren Finanzministers Baron Wlener, die ungarische unter Führung des früheren Ministerpräsidenten Bekerele.

Der sächsische Landtag

wurde am Donnerstag nach fast vierwöchentlicher Dauer mit einer Throneide geschlossen. In der Schlußsitzung wurde das Gesetz über die Verlängerung der Landtagsmandate um zwei Jahre (bis 1917) einstimmig angenommen.

Einziehung der Fünfundzwanzigpfennigstücke.

Das „Marineordnungsblatt“ bringt eine Verfügung des Staatssekretärs des Reichsmarineamts vom 13. d. M., wodurch die Marinefasen angefallen werden, die in den Beständen befindlichen und noch eingehenden Fünfundzwanzigpfennigstücke nicht wieder zu verausgaben, sondern der Reichsbank zuzuführen.

Badische Politik.

Eine berechtigte Kritik.

Einen sehr beachtenswerten Beitrag zum Thema: „Amtliche Bekanntmachungen lieferte eine Verhandlung vor der Göttinger Strafkammer vom 3. Juli wegen Höchstpreisüberführungen. Hier wurde nach dem Göttinger Tageblatt die ungenügende Bekanntmachung behördlicher Anordnungen der Grund zur Freisprechung. Der Zeuge, Zeitungserleger M. in Andreasberg a. H., befuhrte endlich, ihm sei von dem Landrat in Clausthal die betreffende amtliche Verordnung zugelandt worden mit dem Annehmen, sie in seinem Andreasberger Anzeiger zu veröffentlichen, wenn dies ohne Verzögerung der Behörde geschehen könne. Er habe das Annehmen abgelehnt. Daraufhin sei die Bekanntgabe nur im Kreisblatt erfolgt. Das Kreisblatt werde in Andreasberg aber fast garnicht gelesen, äußerte recht glaubhaft einer der Angeklagten. Der Magistrat hätte für a. s. r. e. i. c. h. e. n. d. e. Bekanntmachungen sorgen müssen, meint Staatsanwaltshaftsrat Dr. Hübnner und beantragt Freisprechung. Das Gericht sprach aus diesem Grunde sämtliche Angeklagten frei.

Dazu bemerken die „Konstanzer Nachrichten“:

„Auch in unserer Gegend mehren sich die Fälle, daß wichtige amtliche Bekanntmachungen nur im amtlichen Verordnungsblatt erscheinen. Wir erinnern nur an die Bekanntmachung wegen Fliegergefahr, Fliegeraufschlag, sowie alle die großen Bekanntmachungen über die Beschlagnahmen, Musterungen, Kontrollverksammlungen. In allen diesen Fällen müßte man den Nichtamtlichabnehmer zu, diese Bekanntmachungen unentgeltlich in ihre Zeitungen aufnehmen. Abgesehen davon, daß die Nichtamtlichabnehmer ihre Arbeitskräfte, ihre Kapazitäten auch bezahlen müssen, und an der Feuerung, die das Zeitungsgewerbe in der Kriegszeit erfahren hat, in gleicher Weise wie die Amtsblattverleger teilnehmen, bildet die einseitige Veröffentlichung der wichtigsten amtlichen Bekanntmachungen in der Kriegszeit eine Bevorzugung der Leser jener Amtsblätter, d. h. in unserer Gegend der liberalen Tagesblätter, während die Mehrheit unserer Bevölkerung im Seekreis als Leser der Zentrumsblätter zurückgesetzt werden. Es ist höchste Zeit, daß mit dem jetzigen veraltetem und veränderten Amtsverhältnissen endlich einmal aufgearbeitet wird und eine gerechtere und zweckmäßigere Einziehung getroffen wird. Solange dies aber nicht erreicht ist, sollte eine ausgiebige Handhabung bei derartigen Veröffentlichungen Maß-greifen.“

Diese Kritik ist nur zu berechtigt. Die Bureaufkratie ist aber in dieser für die Allgemeininteressen sehr wichtigen Frage ebenso schwer aus ihrem alten bequemem Gleis herauszubringen wie in vielen andern Fragen.

Beamtenlaufbahn.

Die „Karlsruher Zeitung“ schreibt halbamtlich: Im laufenden Jahre können noch in beschränkter Zahl Anwärter für die mittleren Beamtenstellen der inneren Verwaltung aufgenommen werden, wenn sie den 6. Jahrgang einer neunstufigen höheren Lehranstalt oder einer Realanstalt mit Erfolg zurückgelegt haben oder durch eine zu bestellende Prüfung ein entsprechendes Maß von Schulkenntnissen nachweisen und ein Zeugnis über sittlich gutes Verhalten beibringen. Berücksichtigt können nur gut befähigte Bewerber werden, die sich durch Fleiß und Leistungen in der Schule als geeignet erwiesen haben.

Bewerbungen sind mit den in der landesherlichen Verordnung vom 25. Januar 1912 (Ges.- und Verordnungsblatt 1912, S. 77/78) bezeichneten Nachweisen bei dem Bezirksamt, in dessen Bezirk der Gesuchsteller wohnt, einzureichen.

Aus der Partei.

* 10. badischer Reichstagswahlkreis. An unsere Ortsvereine ergoht die bringende Mahnung, die Abrechnung an den Kreis 1. Quartal des Geschäftsjahres 1915/16 sofort an den Kreisrat G. W. L. Schwerdt in Karlsruhe, Wilhelmstraße 76, einzufenden. Der Kreisvorsitz.

Unserer Toten. Amalie Hoch. Unser Frankfurter Parteiblatt bringt die Nachricht von dem Tode der Frau unseres Genossen Gustav Hoch, der den Reichstagswahlkreis Gannheim vertritt. Es demert dazu u. a.: Für die Angehörigen bedeutet ihr Heimgang ein furchtbarer Schlag. Wie der alte Befehl, so konnte Genosse Hoch von seiner Frau sagen: „Für einen Mann, der im öffentlichen Leben mit einer Welt von Gegnern im Kampfe liegt, ist es nicht gleichgültig, was Gottes Kind die Frau ist, die an seiner Seite steht. Je nachdem kann sie eine Stütze und eine Förderin seiner Bestrebungen oder ein Bleigewicht und ein Hemmnis für denselben sein. Ich bin glücklich, sagen zu können, die meine gehört zu der ersten Klasse.“ Soffentlich hervorzuheben ist Amalie Hoch nie, sie war schlicht und mild, und ihre Herzengüte haben viele erfahren. Wer das Familienleben unseres alten Freundes Hoch kannte, weiß und empfindet, wie er im innersten Herzen durch den Verlust seiner treuen Lebensgefährtin getroffen wird.

* Partei und Gewerkschaft in Stuttgart. Das Stuttgarter Gewerkschaftsblatt hat in seiner letzten Vertreter-Versammlung über sein Verhältnis zur örtlichen Parteiorganisation Beschluß gefaßt. Bekanntlich besteht neben dem an die Kreis-, Landes- und Reichsparteiorganisation angegliederten Sozialdemokratischen Verein Stuttgart ein von Westmeyer und Cziprian geleiteter Sonderverein, der denselben Namen führt, sich aber dadurch, daß er das Organisationsstatut nicht anerkennt, von der Gewerkschaftspartei löstrennt. In der Vorstandssitzung gründete eine Gruppe aus dem Sozialdemokratischen Verein Ausgetretener einen neuen Verein, der sich gleichfalls den Namen des in alter Ordnung weiterbestehenden Sozialdemokratischen Vereins annahm. Das Stuttgarter Gewerkschaftsblatt, das die Gewerkschaften der Vororte mit umfaßt, nahm nun mit fünfstimmiger Mehrheit eine Resolution an, die lautet: „Die Vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts betrachten als lokale Parteiorganisation in ihrem Wirkungsbereich nur die von der württembergischen Landesorganisation anerkannten Sozialdemokratischen Vereine. Die Benutzung der Bibliothek und die unentgeltliche Auskunftserteilung durch das Arbeitersekretariat steht außer den Mitgliedern der anerkannten Parteiorganisation zu. Soweit zur Erledigung allgemeiner Angelegenheiten gemeinsame Kommissionen von Gewerkschaften und Partei zu bilden sind, kommen als Vertreter der Partei nur die anerkannten Organisationen in Frage. Sind an solchen Kommissionen auch noch andere Körperschaften beteiligt, so können diese nur solche Vertreter entsenden, die Mitglieder der anerkannten Parteiorganisation sind.“

* „Dokumente zum Weltkrieg 1914“. Die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, hat nunmehr den dritten Teil des französischen Gelbbuches erscheinen lassen. Damit liegt das französische Gelbbuch vollständig vor. Der dritte Teil enthält die Aktenstücke von der Kriegserklärung Oesterreichs an Serbien bis zum Kriegsausbruch zwischen Frankreich und Deutschland. Darunter befinden sich also auch die Postkarte des Präsidenten Poincaré, die dieser in der Parlamentssitzung vom 4. August zur Verlesung brachte, und die Reden des Ministerpräsidenten Viviani aus der Sitzung der Deputiertenkammer vom 4. August 1914. Auch bei dem französischen Gelbbuch hat sich der Herausgeber, Genosse Eduard Bernheim, streng an das Programm gehalten und sich auf die getreue Wiedergabe der amtlichen Dokumente beschränkt. Ein Register erleichtert das Nachschlagen der Aktenstücke. Die drei Hefte, die das französische Gelbbuch umfaßt, kosten zusammen 1 Mk. Demnach gelangt das italienische Gelbbuch zur Ausgabe.

* Arbeiterjugend. Die siebenjährige Nr. 15 des siebenjährigen Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Die Helfer in unserer Jugendbewegung. Von R. Weimann. — Die Biologie des Krieges. Von Curt Wiging. (Schluß). — Menschen. Von R. Oronski. — Der Garbafese. Eine Reiseerinnerung von G. B. (Mit 25. Bildern). — Mein Eintritt in die Literatur. Von August Wänig. — Brief aus dem Feld. — Der Sprachführer. Von Fritz Müller. — Aus der Jugendbewegung.

* Seit 16. der „Neuen Welt“ vom 16. Juli 1915 hat folgenden Inhalt: Rudolf Silberding: Die Sozialdemokratie am Scheidewege. — Anton Hofrichter: Balkanprobleme. — R. Rajanoff: Die auswärtige Politik der alten Internationale und ihre Stellungnahme zum Krieg. (Schluß). — Notiz. — Literarische Rundschau: Laurids Bruun, Die freudlose Witwe.

Vom nordöstlichen Kriegsschauplatz.

Acht Monate in russischer Gefangenschaft.

Laugjargen, 7. Juli.

Als die Russen im Herbst vorigen Jahres aus Ostpreußen herausgedrängt worden waren, begann die Polizei des Jaren damit, die in den Grenzbezirken Rußlands wohnenden Deutschen tief in das Innere des Landes hinein zu verschleppen. Von dieser Maßnahme wurden Männer, Frauen und Kinder betroffen, Leute, die seit einem Menschenalter in Rußland wohnen und solche, die dort geboren worden sind. Unter den nach Sibirien Verschleppten befand sich u. a. die etwa 50 Jahre alte Gutsherrsfrau Julie A. und die etwa 20jährige Emma B. eine entfernte Verwandte der ersteren. Ein Bruder der B. und andere nahe Verwandte der beiden Frauen dienen im russischen Heere. Der schon vor einiger Zeit verstorbene A. wurde vor 45 Jahren bei Laurroggen ansässig; vor 22 Jahren kam seine spätere Frau dorthin. Sie und die Emma B.

sind nun als die ersten über Schweden aus der russischen Gefangenschaft zurückgekehrt. Ich traf sie auf der Bahnhofskommandantur in Laugjargen. Ueber ihre Erlebnisse erzählen sie mir folgendes:

Am 9. Oktober nach russischer Zeitrechnung wurden wir, mit 70 andern Personen aus Laurroggen und Umgegend, auf schlechten Wagen zusammengepackt, zunächst nach Skaudwile gebracht. Wir hatten vorher kaum Zeit, außer den Wertfachen die notwendigste Kleidung und etwas Bettzeug zusammenzubacken. In Skaudwile sollten wir in einem nassen, schmutzigen, stidigen Torweg übernachten. Als einige von uns dagegen protestierten, erschienen Polizisten und drohten mit Erschießen. Wir ließen uns jedoch nicht einschüchtern und verlangten ein besseres Quartier. Dann zogen die Polizisten ab. Wir sind auch später noch öfter bedroht und beschimpft, aber niemals tödlich mißhandelt worden. Eine Frau kam und bot uns ein besseres Quartier an, wenn dafür bezahlt würde. Wir erklärten uns dazu bereit und konnten dann ein großes ordentliches Zimmer beziehen. Von unwillkürlichen Frauen wurden wir als Germanen beschimpft; ein russischer Konditor nahm uns in Schutz, bezahlte das Zimmer und ließ uns Weisbrot mit Tee verabreichen. Am nächsten Tage gelangten wir auf den Fuhrwerken bis Kielm. Hier blieben wir die Nacht über im Gefängnis. Der folgenden Tag brachten uns die Wagen bis Szawle, wo wir ebenfalls, wie auch an den andern Stationen, im Gefängnis kampieren mußten. In Ponowjesh, das wir am folgenden Abend erreichten, wurden uns als Fehrgeld 9 Kopeken eingehändigt, eine Kopeke behielt der uns begleitende Soldat ein. Sonstige Verpflegung gab es nicht. Wären wir mittellos gewesen, und hätte nicht einer für den andern gesorgt, mancher von uns hätte Hungers sterben können. Die nächste Station war Wilna, wo man uns auf fünf Tage ins Gefängnis steckte. Hier gab es etwas Gefängnisloft, vor der man sich jedoch ekeln mußte. Der nächste Stüb brachte uns bis Petersburg, wiederum ins Gefängnis. Die Zahl der Gefangenen hatte sich mittlerweile auf 400 erhöht. Von unserm Transport aus Laurroggen allein waren unterwegs bereits zwei Kinder infolge der Leiden und Strapazen verstorben. Das Gefängnis in Petersburg hielt uns acht Tage lang gefangen. Es war eine martervolle Zeit. Nur ein einziges Mal — während acht Tagen — durften wir zehn Minuten lang im Gefängnishof spazieren gehen. Sonst kam keiner aus der Zelle heraus. Kein Fenster durfte geöffnet werden. Nachts konnte man infolge des Hustens, des Geschreis der Kinder, der stidigen, atembeklemmenden Luft nicht schlafen; sich beim Tage zum Schlafen niederzuliegen oder sitzend zu ruhen, war streng verboten. Wir mußten die ganze Zeit im qualvollen Nichtstun verbringen. So wollten es die oft zur Kontrolle erscheinenden russischen Damen. Mit großer Freude begrüßten wir die Nachricht: Nun gehts weiter! — Alles Geld und Wertfachen sollten jetzt abgegeben werden. Manche versteckten etwas. Einiges, das nicht geschickt genug versteckt worden war, wurde nachher gefunden und fortgenommen. Von diesem gestohlenen Gut sah niemand später etwas wieder. Dann bekam jeder 30 Kopeken Fehrgeld für die Reise auf der Eisenbahn, die uns in zweiwöchentlich 24 Stunden nach Wjatka brachte. Während der Fahrt durfte niemand den Zug verlassen; Soldaten hielten uns auf den Stationen für unser Geld einige Lebensmittel, die recht teuer bezahlt werden mußten. Von Soldaten hörten wir, daß uns für jeden Tag 33 Kopeken hätten ausgezahlt werden müssen. Wo das Geld geblieben ist, weiß natürlich kein Mensch. Wir hatten viel unter Gehässigkeiten zu leiden, aber manche Soldaten waren mit rührender Sorgfalt um uns bemüht. Sie halfen uns, Sachen und Kinder tragen, gaben ihnen auch zu essen und weinten bitterlich über der Leiden, die wir zu erdulden hatten. Während dieser Fahrt starben nochmals zwei Kinder von unserm Transport. Den weiblichen Gefangenen wurde das in Petersburg abgelieferte Geld und die Wertfachen zurückgegeben, die Männer jedoch bekamen von ihrem Eigentum nichts zurück. In Wjatka, wo wir Ende Oktober eintrafen, konnten wir uns ziemlich frei bewegen und Erwerbsmöglichkeiten juchen. Die Männer fanden Beschäftigung als Straßenreiniger, Schneeschipper, Diener usw. „Ich“, sagte die Dame, „sand Erwerb als Wäscherin für die gefangenen Deutschen, meine Verwandte als Näherin“. — Unser Wochenverdienst betrug 1½ bis 2 Rubel. Von einem Hilfskomitee bekamen wir dazu monatlich 8 Rubel. Ohne diese Unterstützung hätten wir nicht leben können. Wohl waren die Preise für Fleisch und Brot niedrig, aber die Wohnungen kosteten mehr, als wir verdienten. Für ein elendes Zimmer wurden uns für den Monat 7 bis 8 Rubel abgenommen und Brennmaterial mußten wir dazu noch selbst kaufen. Dabei war es furchtbar kalt, bis 30 Grad unter Null sank das Thermometer und wir mußten schrecklich viel heizen. Die furchtbare Kälte zwang uns, oft tagelang im Zimmer zu bleiben. Im allgemeinen war die unwillkürliche Bevölkerung sehr gefällig zu den Deutschen, aber es kamen doch nur selten Gewalttätigkeiten vor. In die Stimmung hatten die russischen Zeitungen und Reden die Leute hineingebeht. Und die Heze hörte nie auf. Man schwindelte den Leuten vor, die Russen ständen vor Berlin. Das war weiter nicht schlimm. Die leichtgläubigen Menschen wurden aber zu fanatischem Haß aufgestachelt durch die Behauptung, die Deutschen seien schreckliche Barbaren, die überall raubten, plünderten und Frauen schändeten. Die russischen Gefangenen würden schrecklich behandelt, sie müßten hungern, man schnitte ihnen die Ohren ab, viele würden erschossen und sogar geschlachtet, um verkehrt zu werden, denn in Deutschland gäbe es nur noch Brot aus Stroh. — Sehr oft wurde uns vorgehalten: Wir lassen euch hier leben, tun euch nichts, aber die Deutschen behandeln unsere Soldaten so schlecht. — Und dann erzählte man uns die schrecklichsten Greuelthaten! Gebildete Russen sagten wohl: Das kann nicht wahr sein, aber die unwillkürlichen Menschen glaubten, was die Reden sagten. In der letzten Zeit unseres Aufenthalts in Wjatka ist die Stimmung teilweise umgeschlagen; man glaubt nicht mehr, was die Regierungsblätter schreiben. Das kam so: viele der gefangenen Zivilisten konnten in Wjatka keine Beschäftigung finden. Sie bekamen die Erlaubnis, nach Moskau zu fahren, wo Arbeiter verlangt würden. Dann brach in Moskau die Revolution

Baden des Verläufers ab 32 Pfg., bei der Lieferung in das Haus des Käufers 34 Pfg. nicht übersteigen dürfen. — Gegen das Inkrafttreten der Petroleum-Höchstpreise sind Beschwerden deutscher Kleinbändler eingelaufen, die sich reichlich eingebildet hatten. Nach Berliner Wittern besteht infolgedessen die Aussicht, daß das Inkrafttreten der Höchstpreise vom 15. Juli auf den 1. August verschoben wird.

* Freilongiert im Stadtpark. Morgen Sonntag, 18. d. M., vormittags (von 11 1/2—12 1/2 Uhr) findet im Stadtpark wieder ein Freilongiert statt. Es wird von der Feuerwehr- und Bürgerkapelle ausgeführt werden. Leitung: Militär-Obermusikmeister a. D. G. Dieze.

* Vollständige Musikaufführungen im Stadtpark. Am Sonntag, 18. d. M., nachmittags von 4 bis 7 Uhr, finden bei günstiger Witterung im Stadtpark „vollständige Musikaufführungen der Feuerwehr- und Bürgerkapelle“ statt, für welche der Leiter derselben, Herr Militär-Obermusikmeister a. D. Dieze, ein ausgewähltes, reichhaltiges Programm zusammengestellt hat. Bei ungünstiger Witterung fällt das Konzert aus. Näheres im Anzeigenteil.

Letzte Nachrichten.

Der sozialdemokratische Parteivorstand gegen den Lebensmittelwucher.

Berlin, 17. Juli. Auch der Parteivorstand der Sozialdemokratie tritt gegen den Lebensmittelwucher auf. „Vorwärts“ werden ohne Rücksicht auf die Profitinteressen der Produzenten und Händler Höchstpreise für alle Lebensmittel gefordert.

Die Antwort des Präsidenten Wilson auf die deutsche Note.

Frankfurt a. M., 17. Juli. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New York: Präsident Wilson arbeitet die neue Note aus, in der er endgültig den amerikanischen Standpunkt präzisiert. Er legt dar, daß Amerika über den Schutz der Amerikaner auf See nicht verhandeln könne und deutet an, daß die bisherigen Vorfälle ohne Folgen bleiben würden, sofern Deutschlands submarine Praxis nicht weitere amerikanische Opfer fordere. Damit schließt Amerika die Korrespondenz.

Die enormen französischen Verluste in der Schlacht bei Arras.

Berlin, 16. Juli. (B.Z. Nicht amtlich.) Französische Verluste bei Arras. Im allgemeinen ist es nur schwer möglich, die Verluste des Gegners in einer größeren Schlacht einigermaßen richtig anzugeben. Da die französische Regierung es ängstlich vermeidet, ihre Verluste der Republik selbst bekannt zu geben, ist es von besonderem Interesse, diese wenigstens schätzungsweise festzustellen. Nach der Schlacht bei Arras ist von deutscher Seite ein Versuch dieser Art gemacht worden. Dabei wurden unter anderem auch Aussagen von französischen Gefangenen verwendet, deren Truppenverbände an den Kämpfen beteiligt waren. Wie wir der „Gazette des Ardennes“

entnehmen, ist der Gesamtverlust der Franzosen an Toten, Verwundeten und Gefangenen in der Schlacht bei Arras nach dieser auf allen erreichbaren Unterlagen beruhenden, gewissenhaften Feststellungen folgendermaßen zu schätzen: 3. Armeekorps 15 000 Mann, 9. A.-K. 5000 Mann, 10. A.-K. 10 000 Mann, 17. A.-K. 4300 Mann, 20. A.-K. 10 500 Mann, 21. A.-K. 8000 Mann, 33. A.-K. 11 000 Mann, 48. Division 6000 Mann, 53. Division 4000 Mann, 55. Division 3500 Mann, Summa 78 000 Mann. Vergleicht man diese Zahlen, die zweifellos ziemlich genau der Wirklichkeit entsprechen, mit dem Ergebnis das die Kämpfe bei Arras für unsere Gegner hatten, so kann man es durchaus begreiflich finden, daß die französische Regierung dem Volke die Größe der von ihm gebrachten Opfer zu verbergen sucht.

Gesandter Hans v. Bülow †. Hamburg, 16. Juli. Der preußische Gesandte v. Bülow ist gestern abend infolge eines Schlaganfalls gestorben.

Die sozialistische Partei Frankreichs für den Krieg.

Paris, 16. Juli. Nach einer Sobas-Meldung nahm die französische sozialistische Partei zum Schluß ihres Kongresses einstimmig eine Resolution an, die das unerschütterliche Vertrauen in die Sache der Verbündeten und des republikanischen Frankreichs ausspricht. Ein dauerhafter Friede könne nur auf der Grundlage des Nationalitätenprinzips geschlossen werden. Wichtig sei jedoch die Vermeidung des brutalsten Imperialismus. Die sozialistische Partei erklärt neuerdings die Vorentscheidung, ohne Vorbehalt am Werke der nationalen Verteidigung und der Befreiung Belgiens und der Wiederherstellung des Rechtes für Elsaß-Lothringen mitzuwirken, und ist entschlossen, die Regierung bei der Behebung der Unzulänglichkeiten der produktiven industriellen Kräfte zu unterstützen. Der Kongreß billigte sämtliche Aktionen der Parteileitung und gab ihr Vollmacht, im gleichen Geiste weiterzuwirken. („Frankfurter Zeitung“.)

Der Bergarbeiterstreik in Süd-Wales.

Rotterdam, 17. Juli. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Die letzten Berichte aus dem Kohlenrevier von Südwales lauten ernst. Vorgehien hat die Leitung des Bergarbeiterverbandes mit 19 gegen 4 Stimmen angeordnet, daß die Streikenden die Verhandlungen mit der Regierung und gleichzeitig die Arbeit wieder aufnehmen sollen. Trotzdem haben die Vertreter der Bergarbeiter in der Versammlung in Cardiff mit 88 950 gegen 47 450 der vertretenen Stimmen die Zustimmung verworfen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Vertreter gelten als am radikalsten und rührigsten Elemente der dortigen Bergarbeiterschaft. Sie haben auch nicht, wie das sonst üblich war, ein Referendum unter der Arbeiterschaft ab-

gehalten, ehe sie den Streik proklamierten. Die gesamte Presse spricht mit Erbitterung über diesen Schritt.

Salandra reist nach der Front.

Turin, 16. Juli. Nach einer Meldung des römischen Korrespondenten der „Stampa“ steigt die neue Reise Salandra zu der Front in engster Beziehung zu der Anwesenheit des Generals Porro im französischen Hauptquartier. Salandra habe von Porro Mitteilungen über seine Besprechungen mit der französischen Regierung und dem französischen Generalstab erhalten. Infolge dieser Mitteilungen und der Beschlüsse des letzten Ministerrats wurden verschiedene Konferenzen zwischen Salandra und dem König stattfinden. Nach der Anschauung des Korrespondenten wird Italien dann sofort in die Ausführung der zwischen Porro und der französischen Regierung getroffenen Vereinbarungen über das italienisch-französische Zusammenarbeiten eintreten.

Große Arbeitslosigkeit in Italien.

Mailand, 16. Juli. (Nicht amtlich.) Der „Avanti“ schreibt über die zunehmende Arbeitslosigkeit in Italien. Längs der Küste der Adria und auf manchen Inseln ist jeder Schiffsverkehr und Handel unterbrochen. Das bedeutet für viele Tausende Arbeitslosigkeit. Aber auch alle polygraphischen Industrien, Schreiner, das Baugewerbe, die Bekleidungsindustrie, Fabriken von Luxuswaren und überhaupt alle, die nicht für Kriegsbedarf arbeiten, die großen und kleinen Kaufleute, leiden an Arbeitsmangel. Dadurch wird das Meer der Arbeitslosen um Ubertausende größer zu einer Zeit, wo in den Betrieben für Kriegsbedarf die Arbeitskraft und Arbeitszeit des Menschen aufs äußerste rücksichtslos ausgenützt wird.

Ein Deutscher wegen Spionage erschossen.

London, 16. Juli. Der wegen Spionage verurteilte Rosenthal wurde am 15. Juli früh erschossen, nachdem das Todesurteil bestätigt worden ist.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Wilhelm Kolb; für den Inseratenteil Gustav Krüger; beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Wasserstand des Rheins.

17. Juli. Schusterinsel 2,75 m, gest. 20 cm, Rehl 3,31 m, gest. 3 cm, Magau 4,89 m, gest. 1 cm, Rammheim 4,10 m, gest. 6 cm.

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Freie Turnerschaft 1899.) Heute abend halb 9 Uhr Mitgliederversammlung im Sporthaus. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller notwendig. 7006
Durlach. (Sängerbund „Vorwärts“.) Heute abend Zusammenkunft im „Lammkuchen“. 7005

Kaffee Bauer Zeitgemäß hergerichtet wieder eröffnet.

Pfänderversteigerung.
Am Mittwoch, d. 21. Juli 1915, vorm. von 9 Uhr u. nachmittags von 2 Uhr an, findet im Versteigerungslokal des Leihhauses: Schwabenstr. 6, 2. Stod, die öffentliche Versteigerung der verfallenen Pfänder Nr. 24077 bis mit Nr. 25946 gegen Barzahlung statt.
Das Versteigerungslokal wird 1 1/2 Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet.
Die Kasse bleibt am Versteigerungstag sowie am Nachmittag des vorhergehenden Tages geschlossen. 6920
Karlsruhe, 10. Juni 1915.
Stadt. Pfandleihkasse.

Einfaches Zimmer
mit zwei Betten zu vermieten. Durlacherstraße 13, 2. Stod.
Militärfreier Arbeiter
gesucht,
der in der Riffung von Walzen bewandert ist. 7004
Angebote an Gesellschaft
Sinner
Karlsruhe-Grünwinkel.
Wilhelmstraße 47, 4. Stod
rechts können Schneider schönen Arbeitsplatz erhalten.
Rohrstühle
Größe werden zum Flechten angenommen und solide Arbeit zugesichert.
K. Schirrmann, Buchdr.-Anstalt, Philippstr. 7 III, K. Mühlburg.

10% Rabatt oder Doppelte Rabatt-Marken
gewähre ich während meines diesjährigen
Inventur-Verkaufs
ab Montag den 19. Juli
Ungeachtet der ständigen Preissteigerungen verkaufe ich jetzt noch, solange Vorrat, zu wirklich vorteilhaften Preisen:
Herren- und Damen-Kleiderstoffe
Leinen- und Baumwollwaren, Bettwäsche, Bettfedern, Betteppiche, Herren-, Damen- u. Kinder-Wäsche, teils eigenes Fabrikat, Trikot-Unterwäsche und Strumpfwaren.
Herren-, Burschen- u. Knaben-Anzüge aller Art.
Knaben-Wasch-Anzüge- u. Blusen sowie Herren-Wasch- und Lüster-Joppen besonders billig
einzelne Hosen, Westen, Arbeitskleider.
Diese günstige Einkaufsgelegenheit kann in der jetzigen teuren Zeit nicht hoch genug eingeschätzt werden, zumal sich kaum in Balde wieder ein solch' vorteilhafter Sonder-Verkauf bieten dürfte.
Julius Löwe
KARLSRUHE
nur Südstadt
Werderplatz 25.

Die Sozialdemokratie im Weltkrieg
Von Dr. Ed. David, M. d. R.
Aus dem Inhalt: Unsere Erklärungen im Reichstag und ihre Befristung durch die sozialdemokratische Volksmasse. Was wir immer betont haben. Konnte die Sozialdemokratie den Krieg verhindern? Die Ursachen des Krieges. Die diplomatische Schuldfrage. Die Größe der Gefahr. Die Stellungnahme der Sozialisten in den Weststaaten. Die russische Taktik u. Theorie. Nation und Internationale.
Preis zwei Mark.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksfreund
Luisenstr. 24.

Wir empfehlen:
100 Briefe aus dem Felde
Preis Mark 1.20.
Deutsch-Französ. Krieg 1870/71
Preis Mark 3.—
Buchhandlung „Volksfreund“,
Luisenstraße 24.

zur Anregung der Hauttätigkeit von ärztlicher Seite gerne und häufig empfohlen gegen sämtliche Formen der Scrofulosis, wie sie sich durch Hautausschläge, Geschwüre, Knochenauftreibungen, Drüsenanschwellungen und Augenentzündungen darbieten; ebenfalls gegen Rhachitis und Bleichsucht der Kinder. Im
Friedrichsbad

Pfannkuchen & Co.
Mais-Grieß
Erfaf f. Weizengrieß
Pfund 45 Pfg.
10 Pfund 4.40
Mais-Mehl
Erfaf für Weizenmehl, zu gebrauchen für Kuchen und Kochzweck, erhältlich ohne Brotmarken
Pfund 40 Pfg.
10 Pfund 3.80
Wir empfehlen für auswärtige Hotels und Pensionen als Probe Postkolli (neun Pfund) Mais-Grieß zu M. 4.30, Mais-Mehl zu M. 3.75 unter Nachnahme oder Vorauszahlung des Betrages.
Rezepte für Mais-Mehl bitten wir in unseren Filialen zu verlangen.

Soolbäder
zur Anregung der Hauttätigkeit von ärztlicher Seite gerne und häufig empfohlen gegen sämtliche Formen der Scrofulosis, wie sie sich durch Hautausschläge, Geschwüre, Knochenauftreibungen, Drüsenanschwellungen und Augenentzündungen darbieten; ebenfalls gegen Rhachitis und Bleichsucht der Kinder. Im
Friedrichsbad

Rüchenmädchen
sucht auf 1. August ds. Js.
Stadt. Krankenhauses.
3-Zimmerwohnung, part., samt Zubehör auf 1. Okt. zu vermieten. Näh. Kalkfelderstr. 12, 1. St.
Eine Kinderbadewanne und eine Jucca-Palme billig abgegeben: Matenstraße 1a, 3. Stod.

Pfannkuchen & Co.
Frish eingetroffen:
Einige Waggon neue holländer
Kartoffeln
3 Pfd. 35 Pfg.
3tr. 11.— ohne Sad

Pfannkuchen & Co.
C. M. B. M.
in den bekannten Verkaufsstellen

Grosser Sommer-Ausverkauf

10% auf Handschuhe, Strümpfe, Damen- und Kinderwäsche
Rabatt

15% auf Trikofagen, Kinderkleidchen, Waschanzüge, Corsetts
Rabatt

25% auf Blusen, Unterröcke, Tischdecken, Gardinen
Rabatt

Ausserdem in allen Abteilungen grosse Posten Waren zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen, teilweise unter Einkauf.

Paul Burchard, Kaiserstr. 143.

Arbeiter-Turnerbund.

X. Kreis.  3. Bezirk.

Am Sonntag, den 25. Juli d. J., findet auf dem Spielplatz der „Freien Turnerschaft Pforzheim“ ein

Bezirks-Spieltag

statt. Programm:
Vormittags von 9 Uhr ab: Eintreffen der auswärtigen Vereine.
Nachmittags „1“ „ Dreikampf für Turner, Turnerinnen und Zöglinge. Hieran anschliessend: Wettspiele für Faustball und Fussball, Meisterschaftsspiel um die Bezirksmeisterschaft mit Faustball.

Zu zahlreichem Besuche ladet die Einwohnerschaft von Pforzheim und Umgebung, besonders die Freunde der Turn- und Spielbewegung, insbesondere aber unsere Mitglieder und deren Freunde höflichst ein.

Der Bezirkssturnrat. 6997
Freie Turnerschaft Pforzheim.

Bekanntmachung.

Zur Gewinnung von Entwürfen für die Herstellung von 12 Künstlerpostkarten mit Ansichten der Stadt Karlsruhe soll ein Wettbewerb unter den in Karlsruhe wohnhaften oder beheimateten Künstlern veranstaltet werden. Die Bedingungen für die Wettbewerbung können von den Interessenten auf dem städtischen Hauptsekretariat (I) in Empfang genommen werden. 6899

Karlsruhe, den 6. Juli 1915.
Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Zur Gewinnung von Entwürfen für die Herstellung je eines Strassen und Anhangsplatzes für den Stadtgarten und das städtische Bierordbad soll ein Wettbewerb unter den im Grossherzogtum Baden ansässigen Künstlern veranstaltet werden. Die Bedingungen für die Wettbewerbung können von den Interessenten auf dem städtischen Hauptsekretariat (I) in Empfang genommen werden. 6898

Karlsruhe, den 6. Juli 1915.
Der Stadtrat.

Luft- und Sonnenbad Karlsruhe

(nähe vom Hauptbahnhof, 5 Minuten entfernt von der Haltestelle der Elektrischen am Albtalbahnhof)

Herren-, Damen-, u. Sportbad, auf staubfr. Wiesengelände.

Großes, grasbewachsenes, besonderer Platz für Turn- und Bewegungsspiele, ohne Staubentwicklung.

Täglich geöffnet von 6 1/2 Uhr morgens bis zum Eintritt der Dunkelheit.

Eintrittspreis: Tageskarte 30 Pfg., Karte für 5 Wäber M. 1.—, Jahreskarte M. 6.—

Für Mitglieder des Naturheilvereins, Militärpersonen vom Feldwebel abwärts, sowie für Kinder und Schüler bedeutende Preisermäßigung.

Nach 6 Uhr abends besondere Preisermäßigung.

Verwundete und erholungsbedürftige Angehörige unseres Heeres haben freien Zutritt. 6100

Baumeisterstr. 28 ist eine 3-Zimmer-Seitenbau-Wohnung mit Zubehör auf 1. Oktober zu vermieten. 6955 Näheres Vorderhaus 4. St.

Pol. Bett mit Federbett 30 M., sehr schönes, hochhauptiges Bett, Hochhaar-Matratze, Kinderbett, Schrank 18 M., Badkommode mit Marmor 25 M., 2flamiger Gasherd mit Tisch 8 M. und verschiedenes abzugeben. 6985 Ludwig-Wilhelmstr. 18, Hof.

Freiwillige Bürgerwehr.

Zusammenkunft am Dienstag, den 20. Juli, abends halb 9 Uhr, im „Goldenen Adler“ (Saal). Unser Kommandant wird über seine Fahrt an die Westfront erzählen.

Das Scharfschützen der 8. Kompanie findet am Sonntag, den 18. Juli, nachmittags von 2 Uhr an auf dem Schießstand Nr. 4 des Leib-Grenadier-Regiments 109 statt. 7000

Das Kommando.

Gebrüder Scharff

Scharff

Wir empfehlen **Wein.**

Pfälzer Weisswein per Fl. 90.
Rotwein per Fl. 100.
Medizinalwein per Fl. 125 u. 150.
Samos-Muscat per Fl. 125.

In Literflaschen:
Weisswein p. Lit. 80.
Rotwein . p. Lit. 80.
Flaschenpfand 15.
6998

Umzüge in Möbelwagen und Hüllen besorgt durch Selbstmitilfe billigst 6881
R. Mulfinger Leisingstr. 20
Telefon 1700.

Stadtgarten.

Sonntag den 18. Juli 1915, nachmittags von 4-7 Uhr,

Volkstüml. Musik-Aufführungen

ausgeführt von der

Feuerwehr- u. Bürgerkapelle Karlsruhe

unter der Leitung des Herrn Militär-Obermusikmeister a. D.

H. Liese.

Eintritt: { Inhaber von Jahreskarten und von Kartenheften 20.
Sonstige Personen 60.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Programm 10 Pfg. 7001

Die Musik-Abonnementskarten haben Gültigkeit. Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt. Bei ungünstiger Witterung fällt das Konzert aus.

Pferdefleisch.

Habe mehrere prima

junge fette Pferde

geschlachtet

welche ich heute Samstag zum Verkauf bringe. 6996



Theodor Gramlich

Pferdeschlächterei mit elektrischem Betrieb.

Durlacherstr. 59. — Telephon 3319.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Hinscheidens meines lieben unvergesslichen Vaters, unseres Vaters, Schwiegervaters und Großvaters, sage ich allen Bekannten, insbesondere den Vereinen und Verbänden, für die zahlreichen Kranzspenden den herzlichsten Dank. 7008

Frau Mina Wittwer Ww.

Restaur. Storchennest empfiehlt guten bürgerl. Mittagstisch
zum **Storchennest** Sonntagstisch
in und außer Abonnement. 6979
Der neue Inhaber: **Josef Adam.**

Kaiserspende Deutscher Frauen

Frauen und Mädchen Badens!

Tragt bei zur Mehrung der Kaiserspende Deutscher Frauen, die als Guldigungsgabe, als äußeres Zeichen treudeutscher Gesinnung und allgemeiner Verehrung unseres Kaisers ihm am 2. August übergeben werden soll.

Die gestempelten Sammellisten liegen auf in den durch die ausgehängten Aufrufe kenntlichen Geschäften sowie bei den im Aufrufe genannten Damen des Landesauschusses. Bei der Haupt-sammelstelle, Rheinische Kreditbank, Ecke Waldstraße und Zirkel, können Einzahlungen unmittelbar oder durch Postgeldzahlkarte (Konto Nr. 281) erfolgen. 6721

Der Landesauschuss Baden.

Hauptgeschäftsstelle: Akademiestr. 1. — Fernruf 360.